

Der deutsche Metallarbeiter.

Organ des christlich-socialen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Erscheint alle 14 Tage.
Für Mitglieder des Verbandes durch die Zahlstellen gratis. — Abonnementspreis für Nichtmitglieder bei der Expedition (Duisburg, Russelfstraße 15) und bei der Post, Postzeitungspreisliste Nr. 194/3, 65 Bfg. vierteljährlich.

Alle Zuschriften, die den Inhalt des Organs betreffen, sowie Einsendungen für dasselbe sind zu richten an den Redakteur F. Wieber, Duisburg, Geerstr. 52. Inserate, Neubestellungen, Adressenänderungen und Beschwerden in der Zustellung sind an die Expedition zu richten. Insertionspreis im Voraus zahlbar, für die 4gepaaltene Petitzeile 30 Bfg.

4. Jahrgang.

Duisburg, Sonnabend, den 21. November 1903.

Nr. 24.

Erster deutscher nichtsozialdemokratischer Arbeiterkongress

II.

Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter und die Vereinsgesetzgebung stand als 1. Punkt zur Tagesordnung. Der Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes Kollege Schiffer Kr. feld, hatte hierüber das Referat übernommen an der Hand eines gedruckt vorliegenden Beifadens führte derselbe unter anderem aus:

Das Recht sich zu vereinigen, sei ein in der menschlichen Natur begründetes. Der Staat habe daher kein Recht, dasselbe zu beschränken oder illusorisch zu machen. Eine Beschränkung dieses Rechtes dürfe daher höchstens so weit erfolgen, als das Recht anderer verletzt oder eine Schädigung des öffentlichen Interesses vorliege. Oberster Grundsatz müsse stets lauten: „Gleiches Recht für Alle“. Daher sei eine einseitige Handhabung zu Gunsten oder Ungunsten einer Gesellschaftsklasse verwerflich.

Vor allem sei zu bedauern, daß für Gefinde, landwirtschaftliche Arbeiter und auch für einen — Teil der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter das Koalitionsrecht nicht existiert.

Die in dem § 152 der Gewerbeordnung gewährleistete Koalitionsfreiheit wird in der Ausübung erschwert, besonders durch den § 153, wodurch gewissermaßen den Arbeitswilligen eine Extrawurst gebraten werde. Der § 153 ist teilweise ein Unrecht, mindestens ist er überflüssig; umsonst, da derselbe nur gegen Arbeiter, nicht gegen Arbeitgeber angewendet wird.

Redner bringt nun verschiedene Gerichtsurteile zur Sprache, welche die gemachten Aussagen bestätigen. Da das Referat zu umfangreich, um wörtlich hier wiedergegeben zu werden, andererseits ein Protokoll herausgegeben wird, wo die Referate ausführlich wiedergegeben sind, beschränken wir uns auf kurze Skizzierungen.

Der Referent schlug folgende Resolution vor:

„Die berufliche Organisation der Lohnarbeiter ist das einzig wirksame und unerlässlich notwendige Mittel, um eine gerechte Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf Grund des freien Arbeitsvertrages zu erzielen; eine gedeihliche Entwicklung des nationalen Wirtschafts- und Gesellschaftslebens zu sichern und dauernd geordnete Verhältnisse zwischen Arbeiter und Arbeitgeber auf dem Boden der anerkannten Gleichberechtigung beiderseitigen Organisationen anzubahnen und in Tarifgemeinschaften festzuhalten. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, fordert die Versammlung alle Unorganisierten auf zum Beitritt in jenen gewerkschaftlichen Organisationen, die nicht auf den Boden des Klassenkampfes stehen. Sie fordert von der Gesetzgebung: 1. Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechts und zwar: a) der § 152 der Reichsgewerbeordnung soll nicht nur auf Erlangung besserer, sondern auch auf die Erhaltung bestehender Lohn- und Arbeitsverhältnisse Anwendung finden; b) der § 153 der Reichsgewerbeordnung soll dahin erweitert werden, daß nicht allein der Mißbrauch des Koalitionsrechtes unter Strafe gestellt wird, sondern auch die Verhinderung an legitimen Gebrauch; 2. Schaffung eines einheitlichen Vereins- und Versammlungsrechts für das ganze Reich an Stelle der einzelstaatlichen Vereinsgesetze, worin alle das Koalitionsrecht und die Tätigkeit der Berufsvereine einengenden Bestimmungen der Vereinsgesetze beseitigt sind. Im Besonderen soll allen Vereinen, die auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung gebildet sind (Arbeiterberufsvereine, Gewerkschaften) sowie alle sonstigen zur Wahrung aller Berufsinteressen gegründeten Vereinen gestattet werden, ihre Tätigkeit auf die allgemeine Ver-

besserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Gewerbes, namentlich auch durch Aenderung der Gesetzgebung auszuweiten, ohne dadurch den Bestimmungen der einzelstaatlichen Vereinsgesetze unterworfen zu sein. Auch den Frauen ist die Teilnahme und Mitwirkung an sozialpolitischen Vereinigungen und Versammlungen zu ermöglichen. 3. Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine zur Sicherstellung ihrer Vermögensrechte ohne Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit.“

In der anschließenden Diskussion spricht Metz-Düsseldorf im Sinne des Referenten Schreiner-München. Vertreter der Post- und Telegraphenarbeiter verlangt auch uneingeschränktes Petitions- und Koalitionsrecht für die Staatsangestellten. Redner beantragt einen diesbezüglichen Zusatz zur Resolution.

Kloos-Berlin, kath. Arbeiter- und Gewerkschaftsvertreter (Berliner Richtung) ist gegen ein unbeschränktes Koalitionsrecht. Redner kann nicht einsehen, warum ein Streikposten mehr Recht haben soll, als ein anderer Mensch, jeder müsse es sich gefallen lassen; von der Polizei angehalten oder an die Seite geschoben zu werden. Warum soll ein Streikposten mehr Recht haben als ein anderer. Ein unbeschränktes Koalitionsrecht hätten auch die andern Stände nicht; z. B. Aktien-gesellschaften haben ihre bestimmten Gesetze, welche vor Mißbrauch schützen. (Vom Börsen- und Gründungsschwindel hat Redner wohl noch nichts gehört.) Streik kann unter Umständen zum Aufruhr ausarten. Redner spricht sich dann noch gegen das Koalitionsrecht der Post-, Bahn-, Telegraphen- und ländlichen Arbeiter aus, weil andernfalls das Gesamtinteresse geschädigt werden könnte.

Die Strafbestimmungen des § 153 müßten aufrecht erhalten werden; denn die persönliche Freiheit des Mitmenschen dürfte nicht angetastet werden. Die Klagen über Polizeiwillkür seien übertrieben. Der Streik sei nicht das einzige Mittel zur Erlangung besserer Lohn- und Lebensbedingungen. Der Streik sei unter Umständen ein ganz revolutionäres Mittel. (Rufe: Schluß!) Es sei deshalb ganz Recht, wenn die Gesetzgebung den Arbeitern von Staatsbetrieben das Koalitionsrecht beschränke. (Erneute Schlußrufe. Redner muß, weil die Redezeit abgelaufen ist, abtreten.)

Daß der Unwille bei der Rede dieses — Arbeitervertreters sich Luft zu machen suchte, ist erklärlich, und nur die Rücksicht auf das Ganze hat viele davon abgehalten, ihren Unwillen nicht in schärferer Form Geltung zu verschaffen. Daß dieser Herr Kloos nur ein Werkzeug in Händen anderer ist, braucht nicht besonders erwähnt zu werden.

Uns kann es nur angenehm sein, wenn diese sogenannte katholische Gewerkschaftsströmung aus ihrem Herzen keine Würdigung macht; dann sehen unsere Arbeiter wenigstens, was sie von dieser Seite zu erwarten haben; nichts anderes, als Rechtslosmachung des Arbeiterstandes unter dem Deckmantel des Katholizismus, gegen welche wir mit Entschiedenheit Protest einlegen. Der katholische Glaube kennt nur ein Recht für alle, ob hoch oder niedrig auch für Landarbeiter. Hoffentlich sind unsere kath. Arbeiter auch im Osten noch nicht soweit zu Sklaven herabgesunken, um sich mit den Anschauungen eines solchen Arbeitervertreters einverstanden zu erklären.

Wetter-Hagen: Bei der Rede des Vorredners glaubte ich mich in den Zentralverband der Industriellen verlegt. (Sehr richtig.) Wir sind aber auf einem Arbeiterkongress. Der Vorredner hat jedenfalls das Referat nicht verstanden. Von einem Streik braucht der Vorredner keine Revolution zu befürchten; wir sind geschult genug, um keine Revolution heraufzubeschwören.

Der Arbeiter hat das Recht auf uneingeschränkte Koalitionsfreiheit, so gut wie alle andern Stände.

Es sprechen noch Besch-Krefeld im Sinne des Referenten, Holz-Trier (Eisenbahnerverband) beantragt eine Aenderung der Resolution in Passus II.

Ebenso verlangen Kloos-Berlin und Richter-Berlin die Streichung dieses Absatzes, andernfalls sie gegen die Resolution stimmen würden.

Giesberts-M.-Gladbach: Eine Verwässerung der Resolution im Sinne Holz und Kloos würde für die meisten der anwesenden Delegierten völlig wertlos sein und beantrage er die Resolution mit dem Zusatz der süddeutschen Eisenbahner anzunehmen.

Schirmer-München:

Den Herren, die hier einschränkende Bestimmungen in die Resolution aufgenommen haben wollten, wollte er nur sagen: die Scharfmacher werden schon dafür sorgen, wenn es zur gesetzlichen Regelung kommt. In Bayern hat selbst der Justizminister zugegeben, das ein Vorgehen gegen die Organisationen der Staatsarbeiter ungesetzlich ist, so lange diese auf lokalem Boden stehen. Und das ist in der Resolution besonders gesagt. Herr Kloos befürchtete einen Streit der Eisenbahner. Nun, die Staatsangestellten, die in unserm Verbandsorganisiert sind, werden sich hüten, in einen Streit einzutreten, und zwar aus den verschiedensten Gründen. Wir verlangen nur das uneingeschränkte Petitionsrecht. In Preußen hat der Minister einige Arbeiter zu Tisch geladen. Bei der Gelegenheit werden die Arbeiter ihre Beschwerden nicht vorgebracht haben, aus Angst oder aus den verschiedensten Gründen. Die haben vielleicht nicht einmal gewußt, wie sie den Hammer transzieren sollten. (Große Heiterkeit) Das ginge Ihnen auch so. Der Redner bittet, die Resolution anzunehmen. Es erfolgte, trotzdem noch 18 Redner vorgemerkt waren, Schluß, der D. hatte.

Nach Ablehnung des Antrages Holz gegen wenige Stimmen wird die Resolution des Referenten mit dem Zusatz betr. das Petitionsrecht der Staatsbeamten gegen 3 Stimmen angenommen.

Die Verhandlungen wurden hierauf auf Montag 9 Uhr vertagt, und es fand um 8 1/2 Uhr eine Begrüßungsfeier statt.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung: Rechtsfähigkeit der Berufsvereine referierte der Vorsitzende des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes Schaaf-Hamburg. Redner hebt u. a. hervor, daß die Berufsvereine die notwendige Ergänzung des Koalitionsrechtes seien; daher wäre es nur konsequent, denselben die Rechte einer juristischen Person zu verleihen, zur Erlangung der Prozeß- und Vermögensfähigkeit.

Bei Schaffung des neuen bürgerlichen Gesetzbuches habe die Gruppe Stumm die Rechtsfähigkeit für die Berufsvereine mit politischer, sozialpolitischer und religiöser Grundlage zu verhindern gewußt. Heute könne ein die Rechtsfähigkeit nicht besitzender Verein nicht rückständige Beiträge auf dem Klagewege eintreiben, dagegen könne der Verein verklagt werden. Unüberwindliche Schwierigkeiten beständen für Erwerb von Grundeigentum und die Anlegung von Vereinsvermögen in Hypotheken, denn die ganze Mitgliederliste müsse in das Grundbuch eingetragen und jeder Mitgliederwechsel gebucht werden. Die Rechtsfähigkeit bedeute unzweifelhaft eine Stärkung der Berufsvereine. Diese Stärkung könne aber nur erwünscht sein, da sie das Verantwortungsgefühl der Führer und der Mitglieder erhöhe. Für die Vermehrung oder Verminderung des Streiks sei die Frage praktisch ohne Bedeutung. Allenfalls könne man sagen, daß nach erlangter Rechtsfähigkeit der Berufsvereine kein Streik mehr, wohl aber mancher weniger ausbrechen dürfte. Die ganze Frage sei eine reine Rechtsfrage. Die Bewegungsfreiheit der Vereine dürfe nicht

unter einem Gesetze für die Verleihung der Rechtsfähigkeit leiden. Das Vorhandensein der Vereine fordere logisch die Anerkennung der Rechtsfähigkeit; ihre öffentlich-rechtliche Stellung schließe ohne Weiteres die privatrechtliche in sich. Die Furcht vor der Sozialdemokratie sei der Hauptgrund für die bisherige Verweigerung der Rechtsfähigkeit. Gerade die Gegner der Sozialdemokratie sollten aber eine Stärkung der gewerkschaftlichen Bewegung gegenüber der parteipolitischen begrüßen. Die Verweigerung der Rechtsfähigkeit werde nur als Chikan aufgefaßt und gebe den Nährboden für weitere Unzufriedenheiten ab. Bürgerliche Parteien brächten deshalb der Frage ein viel größeres Interesse entgegen, als die Sozialdemokratie, die praktisch für sich keinen Vorteil in der Anerkennung der Rechtsfähigkeit sieht. Die Gesetzgebung erfordere allein, den Berufsvereinen der Rechtsfähigkeit zu verleihen, ohne die sie vermögensrechtlich in der Luft schweben und Beschränkungen ausgelegt sind, deren Notwendigkeit bisher von keiner Seite nachgewiesen werden konnte.

Molz-Drier wünscht, daß das Gesetz so ausgestaltet werden müsse, daß die Verbände keine Schädigung ihres Vermögens zu befürchten brauchten.

Der Kongress nimmt hierauf einstimmig den Passus B III der Resolution über Koalitionsrecht an, welcher lautet:

Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine zur Sicherstellung ihrer Vermögensrechte ohne Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit.

Ueber den dritten Punkt: Arbeitskammern referierte Giesberts-M.-Glabach. Er hebt hervor, daß zurzeit die Meinungen noch nicht geklärt ob Arbeitskammern — wo Arbeiter und Arbeitgeber paritätisch vertreten, — oder Arbeiterkammern, welche nur durch Arbeitervertreter gebildet, errichtet werden sollten. Es dürfe nicht außer Acht gelassen werden, daß eine Kammer, welche von Arbeitern und Arbeitgebern zusammengesetzt sei, fürchtbarer wirken könne auf dem Gebiete des Arbeitsverhältnisses, wo es Streitigkeiten zu schlichten gebe, als einseitig zusammengesetzte Kammern.

Die Vereinbarung der Arbeitsbedingungen müsse freilich den gewerkschaftlichen Organisationen überlassen bleiben. Eine Einmischung der Arbeitskammern in diese Dinge würde nur üble Folgen haben. Die gewerkschaftlichen Organisationen dürfen nicht geschädigt werden, sie seien die Hauptmacht der Arbeiter dem Unternehmer gegenüber. Die Arbeitskammern müßten die Überwachung der sozialpolitischen Gesetze übernehmen, dagegen wolle er ihnen nicht die Fabrikinspektion unterstellen. Beide könnten sich aber in die Hände arbeiten. Redner wendet sich gegen die Auffassung, die sozialen Reformen einzustellen, weil die sozialen Institutionen stets gleich in die Hände der Sozialdemokraten fallen. So lange diese Institutionen von den Sozialdemokraten gefeiert verwalten werden, sei dieser Einwand nicht stichhaltig. Warum habe denn die Sozialdemokratie so große Erfolge? Weil sie rührig und wirksam schlafen sind. (Sehr richtig.) Wir müssen mehr Ständes- und Klassenbewußtsein entwickeln, wir müssen uns besser organisieren, lebhafter agitieren. (Beifall.) Wir müssen auch mehr Front machen gegen das heutige Abhängigkeits- und Unterdrückungssystem des Unternehmertums. Das patriarchalische System ist für Deutschland ein unbewundener Standpunkt. Unseren bürgerlichen Parteien müssen wir das Gewissen schärfen. Taktisch klug freilich müssen wir vorgehen, um von einer Stufe zur andern zu gelangen. Wir haben auch zur Reichsregierung das Vertrauen, daß sie die soziale Reformarbeit fortsetzen will und wird. Den Einwand, daß die Arbeiterkammer noch nicht reif sei, lasse ich nicht gelten. Die Schulung der Arbeiter macht Fortschritte und wir wollen sie uns künftig mehr als bisher angelegen sein lassen. Dem Spießbürgertum in Arbeiterkreisen wollen wir entgegentreten. Die Hauptsache ist, daß wir draußen in unseren Vereinen für diese Forderung Propaganda machen. Die Rechtsstellung der Arbeiter läßt bei uns viel zu wünschen übrig. Wir müssen in Deutschland mehr Luft und Licht für die freiheitliche Entwicklung der Arbeiterschaft schaffen helfen.

Redner empfiehlt folgende Resolution zur Annahme:

Die Versammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die in den kaiserlichen Erlassen vom 1. Februar 1890 in Aussicht genommenen gesetzlichen Institutionen (Arbeitskammern) zur „Pflanzung des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, an denen Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit dem Arbeitgeber und mit den Organen der Regierung befähigt werden“, noch nicht verwirklicht sind. Sie bedauert das umso mehr, als ähnliche Institutionen in Deutschland für andere Berufsstände seit längerer Zeit bestehen und erfolgreich und nützlich wirken.

Die Versammlung erblickt in paritätischen Arbeitskammern ein wichtiges Mittel, a. der Verschärfung der Klassengegenstände und der damit verbundenen wachsenden Verbitterung und Entfremdung von Arbeiter und Arbeitgeber Einhalt zu tun durch Beratung und Verständigung über gemeinsame Angelegenheiten insbesondere aus dem Arbeitsverhältnis, b. die Rechte und Interessen der Arbeiter sicher zu stellen und zu fördern und so dem Arbeiterstand in seinem Bestreben, eine größere Anteilnahme an den geistigen und materiellen Gütern der Kultur zu erlangen, wirksam zu unterstützen.

Es ist deshalb die Schaffung solcher Arbeitskammern als eine der nächsten und wichtigsten Aufgaben der deutschen Sozialpolitik anzusehen. In diesem Sinne ersucht die Versammlung die Regierung und die Volksvertreter in den Parlamenten, bald möglichst die geeigneten Schritte zur Verwirklichung der Arbeitskammern einzuleiten und verpflichtet die Teilnehmer des Kongresses, für diesen Gedanken in ihren Korporationen lebhafteste Propaganda zu machen.

An der Diskussion beteiligten sich Kirchberg-Mülheim, Schiffer-Cresfeld, Becker-Hagen, Fräulein Behm-Berlin, Kloos-Berlin, Weber-Duisburg, Zummel-Essen, Schack-Hamburg, Schent-Mannheim, Gronowski-Dortmund, Behrens-Berlin, Hertel-Frankenthal. Die Redner bewegten sich fast alle im Sinne des Referenten, nur Schiffer-Cresfeld und Weber-Duisburg vertraten den Standpunkt, prinzipiell Arbeitskammern und keine Arbeiterkammern zu fordern, weil nur dadurch die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit den übrigen Ständen gewährleistet sei. Schack-Hamburg wünscht für die Handlungsgehilfen besondere Handlungsgehilfenkammern. Behrens wünscht, daß auch die landwirtschaftlichen Arbeiter in der Kammer vertreten sein sollten. Der Vorsitzende teilt unter großer Heiterkeit der Versammelten mit, daß der anwesend gewesene Vertreter des Bundes der Landwirte dem Kongress seine Sympathie übermittelte; und ein Herr Lalett aus Bremen einen 31 Seiten langen Brief an den Kongress gerichtet habe, demselben guten Erfolg wünschend.

In der Nachmittagsitzung erhält Giesberts das Schlußwort und wurde die vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen.

Gronowski-Dortmund beantragte eine Kommission an den Reichstanzler zu entsenden, um die Wünsche der Arbeiter zu übermitteln. Der Antrag wurde angenommen und die Herren Behrens-Berlin, Stegerwald-Köln und Schirmer-München bestimmt mit dem Rechte, die Zahl noch um drei zu ergänzen. Hierzu sollen die drei Referenten Schiffer, Schack und Giesberts in Aussicht genommen werden.

Als letzter Punkt stand auf der Tagesordnung: Welche Nutzenziehung ziehen wir aus dem Kongress? Behrens-Berlin wünschte die Einsetzung eines Ausschusses, um mehr gegenseitige Fühlung zu behalten. Es habe sich gezeigt, daß wir vieles gemeinsam haben, was eine dauernde Verbindung erheischt. Redner legt ein diesbezüglicher Statutentwurf vor.

Brust-Altenessen spricht sich dagegen aus, ein Arbeitertribunal solle man den christlichen Gewerkschaften nicht schaffen. Die konfessionellen Arbeitervereine und christlichen Gewerkschaften hätten jeder Teil für sich besondere Aufgaben zu erfüllen. So sehr er die konfessionellen Vereine achte und für notwendig halte, aber auf wirtschaftlichem Gebiete könne er sie nicht für gleichwertig halten mit den christlichen Gewerkschaften.

Molz-Drier fordert den Kampf gegen die Sozialdemokratie bis aufs Messer.

Giesberts-M.-Glabach: Brust habe die Sache jedenfalls irrig aufgefaßt. Ein Arbeitertribunal für die Gewerkschaften solle dadurch nicht geschaffen werden, sondern ein Organisationskomitee, welches wie bisher weiter arbeiten solle und evtl. Vorarbeiten zu ähnlichen Veranstaltungen zu vollziehen. Betreffs des Kriegsruhs erklärt Redner unter lebhaftem Beifall, daß wir zwar grundsätzliche Gegner der Sozialdemokratie seien, aber mit den Sozialdemokraten sollen sich diejenigen herumschlagen, die sie geschaffen haben. Wir sind immer Arbeiter und als solche Klassengenossen. Redner erhält seine Redezeit um 10 Minuten verlängert.

Es sprachen noch für eine Kommission Schack und Zummel. Brust hält seine Auffassung aufrecht; es genüge, eine Kommission mit der Ausführung der Beschlüsse zu betrauen.

Gronowski-Dortmund wendet sich als Eisenbahner ebenfalls gegen Molz.

Weiter sprechen noch für die Kommission Wiebeberg, Stegerwald, Neumeier-München, Schirmer-München.

Giesberts stellt folgenden Antrag:

„Der Kongress bestätigt das jetzige Organisationskomitee als bleibende Institution bis zum nächsten Kongress der deutschen Arbeiter, der längstens innerhalb

3 Jahren stattfinden soll, mit dem Auftrage, im Sinne der Beschlüsse des Kongresses tätig zu sein und insbesondere neue Aufgaben zu dem Kongresse vorzubereiten. Dem Komitee, dem das Recht der Ergänzung seiner Mitglieder aus den auf christlicher und nationaler Grundlage stehenden Verbänden gegeben. Es wählt einen Vorstand von fünf Personen aus seiner Mitte. Das Komitee gibt sich eine Geschäftsordnung nach Maßgabe des vorliegenden Entwurfs.“

Fräulein Behm beantragt, daß auch die Arbeiterinnen das Recht haben sollten, in den Ausschuss Vertreter zu schicken.

Der Antrag Giesberts wird mit Zusatzanfrage gegen eine Stimme angenommen.

Becker-Hagen tritt in einer Erklärung dem möglichen Mißverständnis entgegen, als ob die gesamten katholischen Arbeitervereine so wie der Berliner Verband für ein beschränktes Koalitionsrecht seien. Die südb- und westdeutschen katholischen Arbeitervereine (mit 130000 Mitgliedern) forderten vielmehr einmütig ein uneingeschränktes Koalitionsrecht.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Der Vorsitzende Herr Behrens warf nochmals einen kurzen Rückblick auf die Verhandlungen und über den guten Verlauf des Kongresses. Es habe kein akademischer Literatenstreit stattgefunden, sondern Arbeiter seien es gewesen, die ihre Meinung unverblümt zum Ausdruck brachten. Mit einem Hoch auf die nationale christliche Arbeiterbewegung wurde der Kongress geschlossen.

Nachklänge zum Kongress.

Der Frankfurter Kongress wird von der Presse aller Parteirichtungen eifrig kommentiert, nur ein Bruchteil kann ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen. Uns steht zu wenig Raum zur Verfügung, um uns eingehend damit zu beschäftigen. Die Scharfmaherpresse vor allem ist unzufrieden damit, daß der Kongress entschieden die Arbeiterforderungen vertreten hat; so meinen u. a. die „Berliner Neuesten Nachrichten“:

„Es kann den Arbeitgebern gleichgültig sein, ob sie, wenn ihnen einmal die Existenz durch hohe Arbeiterforderungen unmisslich gemacht wird, sozialdemokratisch gebraten oder christlich gejottet werden.“ Die armen Arbeitgeber. Am Ende finden wir niemand mehr in Deutschland, der das „schwere Joch“ als Arbeitgeber übernehmen will, wenn sich einstens alle an die „Gade“ und die Schiebkarre herandrängen werden, um nicht zu den „Gesottenen“ oder „Gebratenen“ zu gehören. Inzwischen wollen wir uns beruhigen, bis zu dem Zeitpunkt wird noch viel Wasser den Rhein herunter laufen.

Den schönsten Eieranzug führt die sozialdemokratische Presse auf; sie darf doch nicht den Gedanken bei ihren „Gläubigen“ aufkommen lassen, daß außer den Sozialdemokraten es noch andere Arbeiter gibt, welche für die Rechte derselben eintreten. Dementisprechend muß die ganze Veranstaltung als von den „Drahtziehern“ eingeleitet und dirigiert hingestellt werden, welche selbstverständlich nur im „Dienste“ und „Solde“ des Kapitals arbeiten.

Auch das Korrespondenzblatt der Generalkommission führt ein solcher Eieranzug auf, in welchem auf der einen Seite an dem Kongress und seinen Veranstaltern kein gutes Haar gelassen, gewissermaßen als ein Komödientenspiel herabgesetzt wird, und im selben Atemzuge wird darauf verwiesen, wie die Sozialdemokraten später sich darauf berufen könnten, daß auch die christlichen Arbeiter die Forderungen, Koalitionsrecht, Anerkennung der Berufsvereine und Arbeitskammern erhoben hätten, und man dieselben deshalb nicht mehr als sozialdemokratische Forderungen hinstellen könnte. Dieses Geständnis ist gewiß großartig und ein Schauspiel für Götter, wenn dieselbe Sozialdemokratie, welche die christliche Arbeiterschaft in fanatischer Weise bekämpft, zuletzt sich auf die christlichen Arbeiter berufen müssen, um ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. Das allein sollte den Herren sozialdemokratischen Mitarbeitern von den freien Gewerkschaften belehren, daß der Kongress in Frankfurt einen ungeheuren Wert erlangt hat für die ganze Arbeiterschaft Deutschlands.

Für die christlichen Arbeiter aber dürfte die verschiedene Beurteilung den Beweis sein, daß sie auf dem richtigen Wege sind und mutig und unerschrocken auf dem betretenen Wege weiter arbeiten.

Zur Konsumvereinsbewegung.

Von dem Standpunkte ausgehend, daß das Konsumvereinswesen in immer steigendem Maße die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für sich in Anspruch nimmt, dürfte auch einmal das Organ unseres Verbandes für diese Bewegung in Anspruch genommen werden. Ist doch die Genossenschaftsbewegung der Arbeiter dazu be-

rufen, gemeinsam mit der gewerkschaftlichen Organisa- tion eine Hebung der Lage des Arbeiterstandes zu schaffen und in Verfolgung dieses gemeinsamen Zieles sich gegen- seitig nach besten Kräften zu unterstützen. Letzteres schon rechtfertigt den Wunsch, ein Gächchen in unserem Organ für diese Sache, welche jedenfalls für Arbeiterinteressen eine gute zu nennen ist, zu erübrigen.

Wie bei der Gewerkschaftsbewegung, so leuchtet auch bei der Genossenschaftsbewegung England als nachah- menswertes Vorbild. Hat der englische Arbeiter es ver- standen, mit Hilfe einer guten gewerkschaftlichen Orga- nisation sich angemessene Lohnverhältnisse zu verschaffen, so war er es auch, der es verstand, diese mit eigenen Opfern erzwungenen Vorteile für sich zu verwerten, ohne dieselben für seinen Lebensunterhalt wieder in die Tasche des Großkapitals zurückfließen zu lassen. Im Gegen- teil gebrauchte er das sauer verdiente Geld dazu, daß er gemeinsam mit seinen Arbeitskollegen seine Lebens- bedürfnisse selbst einkaufte und den Vorteil, den sonst der Krämer oder der Kaufmann hatte, selbst einsteckte. Er machte also mit seinem verdienten Lohn noch ein Geschäft und hatte die Genugtuung, daß er nur gute Ware, reelles Gewicht usw. hatte, und auch noch die Freude, daß er seine Lage nach zwei Seiten hin ver- bessert hatte. Er war eben Mitglied des Konsum-Ver- eins.

Es erübrigt wohl heute, auf die Geschichte der eng- lischen oder auch der deutschen Konsumvereine einzugehen. Erwähnt soll nur werden, daß im November des Jahres 1843 von 28 armen Webern in Rochdale (die rebliehen Pioniere von Rochdale) der Samen gelegt wurde, zu dem heute in schönster Blüte stehenden englischen Ge- nossenschaftsbaume.

Die nicht zu unterschätzenden Vorteile, die den Ar- beitern daraus erwachsen sind, spornen nicht nur die Arbeiter der anderen Länder, sondern auch andere Stände zur Nachahmung an (Beamten- und Offiziers-Konsum- vereine), und so stehen wir heute vor der Tatsache, daß wir fast überall, wo wir hinschauen, Konsumvereine in der schönsten Entwicklung oder doch wenigstens im Entstehen begriffen, vorfinden. Als eine für uns be- schämende Tatsache muß nun konstatiert werden, daß hier in Deutschland von einer Richtung, die wir gewöhnlich rot nennen, seit einer Reihe von Jahren schon aller Orts Konsumvereine gegründet wurden, was mit immer mehr Eifer fortgesetzt wird. Nach durchaus zuverlässi- gen Nachrichten haben dieselben fast nur günstige Reful- tate zu verzeichnen. Erfreulicherweise haben aber in den letzten Jahren auch die christlichen Arbeiter die Grün- dung von Konsumvereinen in die Hand genommen und berechtigten die bis heute gemachten Erfahrungen auch hier zu den schönsten Hoffnungen. So bestehen z. B. im Krefelder, M.-Glabbacher und Aachener Bezirk, sowie in Düsseldorf, Köln, Eijersfeld (letzterer hat 28 Verkaufsstellen) aus christl. Arbeitern bestehende Konsumvereine, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigten und auch schon in der kurzen Zeit ihres Bestehens recht günstige Resultate erzielt haben. Letzteres sollte eigentlich ge- nügen, um allseits unsere christl. Arbeiter für die Ge- nossenschaftsfrage zu erwärmen und die Gründung von Konsumvereinen ins Auge zu fassen. Der Einwand, wie er schon einmal erhoben wurde, die gewerkschaft- liche Arbeit könne dadurch Schaden leiden, ist nicht stichhaltig. Vielmehr werden die Kollegen im Konsum- verein zu festem Zusammenhange angefeuert, beson- ders dann, wenn der Konsumverein aus der Gewerk- schaft entstanden ist.

Ebenfalls hinfällig ist der Vorwand, daß der Ar- beiter sich in der Genossenschaft zu sehr als Arbeitgeber entwickelt und der Organisation auf diese Art Schaden zufügen könnte. Abgesehen davon, daß dieser Stand- punkt ein einseitiger ist, kann derselbe ja auch nur die leitenden Personen treffen und ist es hier Sache des Vereins, bei der Wahl derselben die geeignetsten Leute zu treffen, über deren Tun und Lassen der Ver- ein zu wachen selbst da ist. Eine wichtige Pflicht der einzelnen Mitglieder ist nun hier wie in der Orga- nisation die, dafür zu stehen, daß die von ihnen selbst gewählten Leute in allen das gemeinsame Interesse be- zührenden Sachen weitmöglichst unterstützt werden.

Ebenso unrichtig aber auch ist es, eine von den leitenden Personen ausgehende Sache, die dem einen oder anderen nicht richtig erscheint, abfällig zu kriti- sieren oder gar zu verurteilen, ehe man sich an maß- gebender Stelle erkundigt hat. Man soll hierbei nicht außer Acht lassen, daß eine einzige Person an einer gu- ten Sache mehr verderben kann, als zehn in derselben Zeit gut machen.

Wir sehen also, daß vom gewerkschaftlichen Stand- punkte aus gegen die Gründung von Konsumvereinen nichts einzuwenden sein kann. Vielmehr aber sollte ge- rade die Gewerkschaft, wie es auch vielerorts geschieht, bemüht sein, für die Gründung und Förderung dieser für unser gesamtes Wirtschaftsleben sehr in Frage kom- menden Sache hülfsreiche Hand zu bieten und wo es an- geht, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Ein anderer Punkt, welcher auch vielfach gegen die Gründung von Konsumvereinen angeführt wird, ist der, daß die Konsumvereine die kleinen Geschäftleute rui- nieren, sogar den ganzen Mittelstand untergraben sollen. Es ist ja nicht zuzugestehen, daß hier und dort kleine Händler dem Konsumverein weichen müssen; noch mehr

Wahrheit liegt aber in der Behauptung, daß der kleine Händler fast durchweg dem Großkapital weichen muß, ja in sehr vielen Fällen schon hat weichen müssen. Man sieht es nicht nur in der Großstadt, sondern auch in kleinen Orten, wie der Großkapitalist den Kleinverlauf der notwendigsten Lebensmittel in die Hand nimmt, wie er keine Kosten scheut, um viele Filialen zu errichten mit einem großen Personal, wie er großartige teure Reklamen macht und wie er dann versucht, durch alle möglichen, oft unlauteren Manipulationen zu seinen Kosten und was für ihn die Hauptsache ist, zu großem Verdienst zu kommen. Erreicht er letzteres nicht durch seine Preise, dann muß eben die Qualität sowie auch oft genug die Quantität der Waren herhalten. Gegen eine solche Konkurrenz kann der kleine Händler nicht an, ihr muß er unterliegen, also weichen, und darf er es darum dem Arbeiter nicht verdenken, wenn er es ver- sucht, gegen eine solche Spekulation auf seine mühsam verdienten Groschen sich nach Verbestärken zu wehren.

Der einzige Weg nun, den der Arbeiter dagegen ein- schlagen kann, ist der, daß er sich mit seinen Berufs- kollegen zu einer Genossenschaft zusammenschließt, mit dem einen Ziele, gemeinsam ihren Bedarf an Lebens- mitteln und Wirtschaftsbedürfnissen im großen einzuk- kaufen und im kleinen unter sich abzusetzen, und haben dabei die Gewähr, gute Waren, reelles Gewicht zu re- ellen Preisen zu bekommen. Der hierbei noch ab- fallende Gewinn fließt dann wieder in die Tasche des Arbeiters oder besser gesagt, des Konsumvereinsmit- gliedes zurück in Form von Dividenden, welche am Schlusse des Jahres bar ausgezahlt werden.

Mit Vorbehalt glaubt Einjender dieses wohl hoffen zu dürfen, das Interesse für die Konsumvereinsbewe- gung der Arbeiter wenigstens hier und dort geweckt zu haben, zum Nutz und Segen unseres ganzen Arbeiter- standes. Nächstens mehr. A. S.

Anmerkung der Redaktion. Bei Gründung von Kon- sumvereinen mögen die Kollegen dahin wirken, daß nur organisierte Arbeiter daran teilnehmen können, da an- dernfalls die Konsumvereine der Gewerkschafts-Organi- sation nicht förderlich, sondern wie viele Beispiele be- weisen, hinderlich sind, in dem sie die Arbeiter mehr von den gewerkschaftlichen Aufgaben abdrängt und zu Kassenmengen erzieren. Es müßte die Bestimmung ge- troffen sein, daß derjenige, der aus der Gewerkschaft aus- tritt auch damit aus dem Konsumverein ausscheidet. Damit wären auch die Konsumvereine ein gutes Hilfs- mittel für die Gewerkschaftsorganisationen.

Die soziald. deutsche Metallarbeiterztg.

Organ des freien Verstandes, leistet sich in Nr. 46 das Vergnügen dem Theising'schen Artikel -- den Streik in Großkönigsdorf betreffend -- 4 Spalten Raum zu gönnen. Wir unsererits haben nichts dagegen, wenn dieselbe da- für soviel unbedrucktes Papier zur Verfügung hat, auch wollen wir sie in ihrer Sch. denfreude nicht stören, dieses billige Vergnügen und unschuldige Freude sei ihr gewährt. Aber als Lüge und Entstellung müssen wir es bezeichnen, wenn in dem betreffenden Artikel eingangs behauptet wird. Weil von den christlichen Arbeitern Anerkennung der christlichen Organisation von dem Arbeitgeber ver- langt wurde, hätten die anderen Organisationen von der Anerkennung ausgeschlossen werden sollen. Es kam bei dem Streik nur die christliche Organisation in Betracht, mithin konnten die Arbeiter auch nur für ihre Organi- sation, wie sie momentan bestand, Anerkennung verlangen.

Die Christlichen machen es nicht wie die Roten in Fürtih und anderwärts, wo unsere Kollegen 16 volle Wochen mit ihm Kampfe gestanden, die Opfer gebracht, nachher aber von allen Comissionen ausgeschlossen wurden, weil sie „nur“ -- 50 bis 60 Mann seien, gegen 600 auf der anderen Seite. Wir sind überzeugt, hätten die Christlichen 600, die Roten nur 50 gezählt, letztere würden eine Vertretung ohne weiteres erhalten haben. Die Herren Sozialdemokraten führen die Toleranz im Munde und die Christlichen üben sie in des Paris.

Im übrigen hätte die Metallarbeiterzeitung unseres Erachtens mehr Grund, ihren Lesern ausführlich über die Vorkommnisse, des ihnen näher stehenden Partei- tages zu berichten. Gewiß würden ihre Leser davon mehr „erbaunt“ und zum ferneren Kampfe gegen die „Chr!stlichen“ angepornt werden. Daß der Skribist der Metallarbeiterztg. dabei noch glaubt, seinen Hohn und Spott über Kollege Döring ausgießen zu dürfen, ohne als organisiert sein wollender Arbeiter, nur ein Wort des Tates über die Theising'schen Machenschaften zu verlieren, beweist, daß diesen Leuten das Arbeiter- interesse ungeheuer „wurschtig“ ist, wenn sie nur ihren Haß gegen die Christlichen freien Lauf lassen können. Die christlichen Arbeiter werden sich das merken.

Vom Siegerländer Eisenmarkt

weiß die Kölner Volkszeitung zu berichten, daß die Eisensteingruben in guter Förderung geblieben, auch für

die Zukunft mit genügend Aufträgen versehen sind. Nicht aber sei dieses bei den Hochofen der Fall, welche dem Syndikat angeschlossen sind. Namentlich wird be- klagt, daß die zurzeit verfügte 20 prozentige Einschränkung der Produktion, welche immer noch anhält, fühlbar sei.

Die Preise für die gangbarsten Sorten haben eine Aenderung nicht erfahren. Puddelisen kostet nach wie vor 56 Mark, Stahleisen 58 Mark die Tonne ab Siegen, bezw. ab Werk. Die Vereinigung zwischen den Siegerländer Hochofen, welche den Verein zum Verkauf von Siegerländer Roheisen zu Siegen bilden, einerseits, und der Gruppe der Märktisch-Rheinischen Hochofenwerke andererseits, welche eine gemeinsame Ver- kaufsstelle in dem Roheisen-Syndikat zu Düsseldorf haben, ist noch immer nicht erneuert; der alte Vertrag läuft aber noch bis Ende dieses Jahres. Einigermassen fühlbar macht sich gegenwärtig, daß der Puddelprozeß so sehr zurückgegangen ist, obgleich wohl ein vermehrter Absatz in Stahleisen für die Siemens-Martinwerke ein- getreten ist; letztere verarbeiten aber doch immer nebenbei große Mengen Altzeug. Bei den Walzwerken ist für Stahleisen eine kleine Besserung zu verzeichnen; aber die Preise bleiben noch immer ungenügend, namentlich für gewöhnliches Flußstahleisen, das bekanntlich in den letzten Monaten von den großen Werken mit Thomas- betrieb sehr billig auf den Markt geworfen worden ist. Wenig erfreulich für die Walzwerke liegt gegenwärtig das Blechgeschäft. Der Kampf zwischen dem Feinblech- verband und den außerhalb desselben stehenden Werken dürfte beiden Teilen wenig Freude machen; dabei geht nebenher das Gespenst der Auflösung für den Fall, daß der Beitritt der außerhalb des Verbandes stehen- den Werke nicht erreicht wird. Der Grundpreis für Feinbleche ist bei dem Preiskampf schnell auf 120 Mark zurückgeworfen worden. Eine kleine Unterstützung haben die dem Verbands angehörenden Werke bei dieser Gelegenheit vom Halbzeugverband erhalten, indem dieser seine Ausfuhrvergütung von 10 Mk. auf 15 Mk. für die Tonne verbrauchtes Halbzeug erhöhte. Dagegen hat der Verband die von der Vereinigung der Halbzeugver- braucher beantragte allgemeine Preiskürzung abge- lehnt. Das Grobblechsyndikat hat auch große Erfolge immer noch nicht aufzuweisen, dank der unter setner Herrschaft mächtig gestiegenen Herstellung von Unterjal- eisen. Im Inlande, wo gewöhnliche Grobbleche gern zu 120 Mk. verkauft werden, finden die Werke nicht ausreichende Arbeit; sie müssen deshalb bedeutende Mengen ins Ausland, das ihnen inbezug auf den Ver- kauf freigegeben ist, zu billigen Preisen abstoßen, wenn sie einigermaßen genügende Beschäftigung haben wollen. In den anderen Betrieben des Eisengewerbes ist zum Teil vermehrte Tätigkeit zu verzeichnen.

Die Kosten des Wettbewerbs der Werke untereinander, wie er aus dem Bericht hervorgeht, haben auch im Siegerlande in hervorragender Weise die dortigen Ar- beiter zu tragen. Die Konsequenz ist niederer Lohn, große Kraftausbeutung, welches nicht verwunderlich ist bei dem geringen Verständnis, welche ein großer Teil der dortigen Arbeiter der Organisation entgegenbringen.

Soll es auch im Siegerlande anders und besser werden, dann Metallarbeiter, organisiert Euch; opfert wöchentlich 20 oder 30 Pf. für Euch und Euren Stand, es wird auch dort hundertfältige Früchte bringen.

Leider ist es wahr, fast in keinem andern Bezirke stößt eine kleine Beitragserhöhung so sehr auf Wider- stand, als im dortigen Revier; nur zu leicht und schnell ist man dort bei der Hand mit der Ausrede, es geht nicht, wir können den Betrag nicht bezahlen, während- dessen werden die Löhne immer tiefer gedrückt, die Lage der Arbeiter immer elender. Sind doch im letzten Jahre die Löhne dort um zirka 75 Mark mehr gesunken. Alles die Folge der Lethargie, der dortigen Arbeiterschaft. Deshalb Arbeiter des Siegerlandes, rafft Euch auf, die Opfer nicht gescheut, eingetreten in den christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands. Es ist die einzige Hilfe, die Euch werden kann.

Arbeiterbewegung.

Der Berliner Metallarbeiter - Ausstand scheint auf dem toten Punkte angelangt zu sein. Der Vorübende des freien Metallarbeiterverbandes Schlichte sprach in einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung in Berlin. Derselbe meinte u. a.: Ein Kampf darf nicht bis zum „weißbluten“ geführt werden. Er muß abgebrochen werden, wenn er keine Aussicht mehr bietet, und die Kämpfer noch stark genug sind, sich zu sammeln und zu neuen Angriffen in der Zukunft sich zu rüsten. Die Arbeiter sollten sich bewußt bleiben, daß sie nicht

blos Schlächten zu schlagen mit den Unternehmern, sondern einen Feldzug zu führen hätten. Ein Teil der Disfusionsredner war nicht mit dem Angeführten einverstanden und meinten, Schilde habe wohl die Absicht gehabt, Stimmung für den Rückzug zu machen; davon wollten sie aber nichts wissen und wenn es Kopf und Krage löse?! Wie die Dinge weiter sich entwickeln, muß man abwarten.

Inzwischen sind die aufschneidenden Phrasen von „Kopf und Krage“ kosten längst verfliegen. Nach Meldungen der Tagespresse ist der Ausstand beendet, indem die Arbeiter bedingungslos die Arbeit wieder aufnahmen. Damit hat der sozialdemokratische deutsche Metallarbeiterverband sämtliche größeren Streiks der letzten Zeit verloren; jedenfalls hat es an finanziellen Mitteln gefehlt, den Kampf weiter zu führen. Ein Beweis, daß mit der großen Zahl, 140000 Mitglieder, allein nichts zu machen ist.

Daß in Berlin der Kampf verloren ging, wo der deutsche Metallarbeiterverband 40000 Mitglieder besitzt, ist in der Tat die schwerste Niederlage, die dem Verband wiederfahren konnte.

Hoffentlich werden diese Vorkommnisse dazu beitragen, den Agitatoren und Mitgliedern des sozialdemokratischen Verbandes etwas mehr Weisheit beizubringen gegenüber andern Organisationen. In Berlin konnten die Freien die Schuld der Niederlage doch nicht andern Organisationen zuschieben. Im übrigen können wir die Niederlage der Arbeiter nur bedauern.

Unsre Kollegen, insbesondere auch die Mitglieder des jetzigen Metall- und Hüttenarbeiterverbandes sollten daraus lernen, mehr Opfer zu bringen für die Organisation, vor 10 und 20 Big. mehr Beitrag wöchentlich nicht zurückzureden, denn am letzten Ende entscheidet nicht so sehr die Größe als vielmehr die finanzielle Leistungsfähigkeit der Organisationen.

Arbeiter! wollt Ihr eure Lage verbessern, dann Opfer gebracht für eure Sache.

Einem heldenmütigen Kampf führen die Textilarbeiter in Crimmitschau. Es handelt sich um die Erlangung des zehnstündigen Arbeitstages. Obwohl nur Unterstützungen von 4—6 und 8 Mark wöchentlich gewährt werden, haben die Arbeiter bis jetzt schon 12 Wochen stand gehalten. In welcher Weise dort gegen die Arbeiter gewütet wird, geben sozialdemokratische Blätter Auskunft. Darnach soll Crimmitschau im Zeichen des Belagerungszustandes stehen. Weiter wird berichtet:

Früh, mittags und abends an allen Ecken und Enden Schutzleute und Gendarmen. Die Straßenpolizeiordnung erstreckt sich bereits auf die Haustüren. Von den Haustüren weg werden Arbeiter verhaftet, sobald das ahnungsvolle Gemüt irgend eines Schutzmannes in ihm einen Streikposten mittert. Wenn das so fortgeht, ist bald niemand mehr in seiner eigenen Stube sicher. Und das alles trotz der Ruhe, die die Arbeiterschaft bewahrt. Am Montag Abend prangten wieder an den Anschlagfäulen Plakate, in denen die Arbeiter vor Ueberretung des § 153der Gewerbeordnung gewarnt wurden. Die Stadtbehörde erklärt, alle Maßnahmen ergreifen zu wollen, die ihr zum Schutze der Arbeitswilligen notwendig erscheinen.

Die Unternehmer haben das Gewerbegericht als Einigungsamt abermals abgelehnt.

In welcher Weise dort Fabrikanten sich erlauben vorzugehen, darüber werden ebenfalls drastische Fälle berichtet. So soll ein Fabrikant den Geschäftsführer sowie den Vorsitzenden des Textilarbeiterverbandes als „Sauen“ bezeichnet haben. Ein anderer Fabrikant soll ein Kind geschlagen haben, weil es vom Streik gesprochen. Ein anderer Herr hat Arbeiter mit der Krute verfolgt; wiederum ein anderer soll schon des morgens um 6 Uhr eine Frau überfallen und an die Wand gedrückt haben; wiederum ein anderer fährt des morgens um 6 Uhr mit dem Knabe die Straße entlang, steht in der Nähe einer Fabrik ein Arbeiter namens Trommer nebst Sohn stehen, springt ab, ergreift beide am Arm und schreit: „Euch Laufjungen wollen wir schon noch was weiß machen.“ hat dieselben nicht eher losgelassen, bis ein hinzugerufener Gendarm nicht etwa den Fabrikanten, sondern die Arbeiter notierte. Daß Frauen schon mit Gefängnis bestraft wurden, weil sie angeblich Kosten gestanden nach 10 Uhr abends ist schon berichtet.

Der Vertreter der Berliner Richtung sogenannter kath. Gewerkschaften Herr Kloos meinte auf dem

Frankfurter Kongress, als es sich darum handelte, das Koalitionsrecht mehr als fetter zu sichern ganz naiv: Er könne nicht einsehen, warum ein Streikposten mehr Recht haben solle als ein anderer Mensch. Hoffentlich regt sich auch bei den „Berlinern“ noch das Schamgefühl als Arbeiter, um obige Unternehmerbrutalitäten nicht gutzuheißen. Wir sind gespannt, wie der Berliner „Arbeiter“ im heiligen Zorne jetzt eine Lanze für die Crimmitschauer unterdrückten Arbeiter brechen wird. Oder ist es war, was man sagt, daß die Berliner nur darauf ausgingen, die Arbeiter vollends zu entrechteten und zu Sklaven zu machen. Nach ihrer selbstergebenen Tätigkeit und Worten zu urteilen, könnte man zur letzten Ansicht gelangen.

Crimmitschau, das wäre jetzt mal der Ort, wo sich die Berliner Richtung, die bekanntlich den Streit aus der Welt schaffen, alles mit „Raten und Taten“ im „guten Einvernehmen“ mit den Fabrikanten regeln will, zeigen, was sie leisten könnten. Oder ist ein Kampf um einen 10stündigen Arbeitstag auch eine „ungerechte und revolutionäre“ Forderung. Wir fürchten, das Berliner neue Evan gelium werde bald seine Zukunft verlieren, die Ernüchterung und der Rassenjammer folgen.

Mit „Raten“, „Taten“, „Tuten“, „Täten“ wird heutzutage kein Hund mehr hinterm Ofen hervorgehockt, geschweige denn damit große Arbeiterforderungen errungen. Die Herren Fabrikanten pfeifen den Berlinern etwas auf ihre „Raten und Taten“, wenn nicht die Macht dahinter steht, sie werden nicht einmal ernst genommen, höchstens nach der Seite hin, indem die Arbeiter als willfährige Ausbeutungsobjekte dem Kapital ausgeliefert werden. Das ganze Sachabteilungswesen, wie es die Berliner propagieren, ist wirtschaftlich genommen nichts anders als Kinderpielerei.

Die gewerkschaftlichen Organisationen in Europa und Amerika.

Welchen gewaltigen Umfang die Gewerkschaftsbewegung in den beiden hauptsächlich für dieselbe in Betracht kommenden Erdteilen, Europa und Amerika, bereits gewonnen hat zeigt ein Teilens des New-Yorker Arbeitsamtes auf Grund offizieller Publikationen und Veröffentlichungen der Gewerkschaftsverbände berechnete und im Bulletin für September 1903 veröffentlichte Statistik. Nach derselben zählen die Gewerkschaften in den nachstehend aufgeführten Ländern folgende Mitglieder: Vereinigte Staaten und Kanada (Sept. 1903): 2500 000, Großbritannien und Irland (Dez. 1902): 1915 506, Deutschland (Dez. 1902): 1 092 642, Frankreich (Januar 1902): 614 204, Italien (Aug. 1902): 480 689, Desterreich (Dez. 1902): 166 488, Dänemark (Jan. 1902): 101 964, Belgien (1902): 83 677, Schweden (Jan. 1902): 69 009, Schweiz (1899): 49 034, Spanien (Jan. 1093): 46 896, Niederlande (März 1903): 17 062, Norwegen (Januar 1902): 14 450 und Ungarn (Jan. 1902): 8222. Zu diesen Zahlen ist zu bemerken, daß von den Mitgliedern der britischen Gewerkschaften sich etwa 10 000 in den britischen Kolonien, hauptsächlich aber in den Vereinigten Staaten befinden; diese erscheinen also doppelt gezählt. Ferner verringert sich die Zahl der organisierten Arbeiter in Italien, sofern dort in vergangenen Jahre infolge Auflösung von Landarbeiterorganisationen die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften auf 250 000 zurückgegangen ist. Gleichwohl zeigen die Zahlen zusammengekommen, daß die Gewerkschaftsbewegung in den Kulturländern bereits eine bedeutende Macht darstellt. Vergleicht man weiter die Zahlen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den einzelnen Ländern mit einander, so findet man, daß auch im Verhältnis zur Zahl der Bevölkerung im allgemeinen dieselben dort am größten sind, wo die Industrie am meisten vertreten ist: Die Gewerkschaften sind eine naturgemäße Folge der modernen Produktionsweise und gedeihen dort am besten, wo letztere am meisten entwickelt ist.

Gewerbegerichtswahlen.

In Trier legten die Sozialdemokraten über die christlichen Kandidaten. Was sagt der Berliner „Arbeiter“ dazu, der bei jeder Gelegenheit den christlichen Gewerkschaften etwas am Zeuge zu flicken versucht, als würden sie der Sozialdemokratie Vorstoß leisten. Trier ist doch bekanntlich die ureigenste Domäne des „Berliner Arbeiter“, wo katholische Gewerkschafts spielerei getrieben wird, und trotzdem dieser Reinsal. Dabel ist Trier nicht einmal Industriestadt.

Menden.

Menden. Auch hier ist es als notwendig empfunden, die Verhältnisse einer eingehenden Besprechung zu unterziehen, um durch Hervorziehen der Uebelstände deren Beseitigung zu erwirken. Hierbei kommen wir natürlich nicht allein zu denen, welche an den Werkleistungen, sondern auch zu jenen, wozu die Arbeiter die Schuld tragen.

Da ist zuerst der Uebelstand zu rügen, daß Arbeiter die festgesetzten Pausen des morgens und des mittags nicht innehalten, sondern durch früher anfangen, „zu arbeiten“ eine wahre Notgerat entsteht; die Leute glauben dadurch natürlich etwas mehr zusammenzuschlagen was doch nur ein Irrtum ist, wie die Erfahrung längst bestätigt hat. Eine geregelte Arbeitszeit erringen, aber auch festhalten ist die erste Grundbedingung jeder Ordnung und geregelten Arbeitsverhältnisses, im anderen Falle wird nur der Schmutzkonkurrenz Vorstoß geleistet, wodurch der ehrenhafte Arbeiter wie Arbeitgeber geschädigt wird; also vor allen Dingen pünktlich die Arbeitszeit innehalten. Wenn ein Mann seine regelmäßige Arbeitszeit innehält und ausnützt, muß er seinen Lohn verdienen und auch sein Arbeitspensum geleistet haben, was darüber, ist vom Uebel. Die anderen Arbeiter, welche ihre Arbeitszeit innehalten, werden dadurch auch direkt geschädigt.

Ein Uebelstand ist es noch, daß vielfach Arbeiter auf hief. Werken Arbeiter zeitens verschiedener Vorgesetzten wie Rekruten angeschauzt werden. Der einzelne Arbeiter kann selten sich dagegen wehren, ja vielleicht nicht einmal bei seinem Chef Gehör finden; anders würde es aber sein, wenn die Kollegen bis auf den letzten Mann organisiert und gemeinschaftlich gegen unnoble Behandlung Front machen würden. Ebenso muß es noch als Uebelstand betrachtet werden, daß die Affordarbeiter auf vielen Werken selbst ihr Werkzeug, wie Feilen, Bohrer, Licht und Schleifer, ihr ganzes Schleifmaterial bezahlen müssen.

Nun kann zwar der Arbeiter seine Werkzeuge, wie Feilen, Bohrer zc., wenn er die Arbeit verläßt, mitnehmen, nicht aber der Schleifer, weil die Scheibe (Spindel und Holz) dem Fabrikanten gehört, dagegen das aufgezogene, sehr teure Feder, mit dem aufgetrichenen Schmirgel, dem Schleifer gehört; der Arbeiter erhält zwar auch eine kleine Entschädigung dafür, deckt aber in den meisten Fällen nicht die Kosten der verwendeten Arbeit. Daß es auch anders geht, beweist daß auf verschiedenen hiefigen Fabriken andere Einrichtungen getroffen, d. h. daß der Arbeitgeber die Materialien stellt, wie es auch recht ist.

Sicher würden die Herren Fabrikanten keine große Schwierigkeiten machen, die Uebelstände abzuheben, wenn blos die Arbeiter einig und einmütig solches verlangten. Deshalb Metallarbeiter, schließt auch unserm Verbande an, damit ein einheitliches Handeln möglich ist. Eine Fabrik muß hier besonders hervorgehoben werden, während auf den übrigen Werken meistens nur in dem einen oder andern Falle Schäden vorhanden sind, so herrscht hier geradezu eine Paschawirtschaft; nämlich die Mendener Metallwarenfabrik, vorm. Held. Herr S. zwingt vielfach mit den Leuten um, daß man glaubt, in der Lunte oder so in einem halbwilden Lande zu sein. Arbeiter die 20 Jahre und auch länger beschäftigt waren, sehr schlecht behanoelt. Bechwert sich so ein alter Kollege, der seine Kräfte auf dem Werke aufgebraucht hat, so kann er einfach gehen. Auch in den Lohnverhältnissen herrscht die reine Willkür. Ist es doch schon vorgekommen, daß ein Arbeiter flott gearbeitet, glaubte 40 Mark pro 14 Tage verdient zu haben, so muß er gehen, wenn er die Lohnbüche in Empfang nimmt, nur 36 Mark oder weniger Mark empfangen hat. Bechwert er sich, so heißt es, sie können gehen, hier sind ihre Papiere.

Vor kurzem ereignete sich ein ähnlicher Fall: Ein älterer Arbeiter hatte in einer 14tägigen Lohnperiode viel unfertige Ware, folgedessen konnte er nicht glatt abrechnen, erhielt also für diese 14 Tage sage und schreibe 17 Mark. Die nächstfolgenden 14 Tage konnte der Arbeiter glatt abrechnen und hatte nun mit den schon in den vorigen 14 Tagen ausbezahlten 17 Mark, 60 Mt. im Monat verdient; dies machte sage und schreibe 2,50 Mark pro Tag, der ortsübliche Tagelohn aber beträgt 2,60 Mark.

Wer beschreibt aber den Schrecken des Arbeiters, als er seinen Lohn in Empfang nimmt und 9 Mark von solchem Hungerlohn noch abgezogen sind. Da der Arbeiter alt ist, mußte er noch zu dieser Ungerechtheit stillschweigen.

Berührendlich wurde der Herr verklagt, verlor auch aber kuriert ist er immer noch nicht. Die Abzüge gehen ruhig weiter. Gewiß ist es nicht leicht, für den Arbeiter, zu klagen, aber leichter wäre es, mehr gemeinsame Solidarität an den Tag zu legen, um wenigstens die größten Auswüchse zu beseitigen. Organisation ist den dortigen Arbeitern ein unbekannter Begriff. Von den 50 bis 60 Arbeitern sind kaum 4 organisiert, teil-

Fortsetzung in der Beilage.

An die Vorstände des seitherigen Siegerländer Metall- und Hüttenarbeiter-Verbandes.

Die neuen Mitgliedsbücher sind nur für diejenigen Mitglieder auszustellen, welche ihre Beiträge bis jetzt bezahlt und mindestens den ersten Wochenbeitrag von 20 oder 30 Pfg. eingezahlt haben, damit nicht zu viel Material unnütz verschwendet wird.

Des weiteren diene sämtlichen Ortsgruppen und Mitgliedern zur Nachricht, daß diejenigen, welche bis spätestens 15. Dezember ihren Anschluß nicht vollzogen, als neu aufgenommene Mitglieder betrachtet werden; dementsprechend dann Eintrittsgeld à Mitglied 50 Pfg. zu zahlen haben und ihre seitherigen erworbenen Rechte verlieren.

Es liegt deshalb in aller Interesse, den Anschluß möglichst schnell zu vollziehen; damit ist den Kollegen das Eintrittsgeld erlassen und ihre Rechte gesichert.

Desgleichen werden die Ortsgruppenvorstände ersucht, möglichst bald den Vorstand nach dem Statut wählen zu lassen und das Resultat nebst genauer Adresse nach Zentrale zu berichten. Ebenso im Verzeichnis der Mitglieder einzureichen.

Wieber, Verbandsvorsitzender.

weise im freien Verband. Ein Teil der Arbeiter gehört dem Mendener Gewerksverein, ein Abzweig Hirsch-Dunder; der befaßt sich aber nur mit Kranken- und Sterbefällen; Gewerkschaftliches, Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, sind dabei nicht möglich. Wir raten deshalb den Kollegen des Gewerksvereins, sich unserem Verbande anzuschließen, dann werden wir auch bessere Verhältnisse erringen und auch erreichen. Dringend notwendig ist auch in dieser Beziehung eine Einigung der christlichen Arbeiter, um ihr Eigenes bestes zu wahren, umso mehr, als jetzt sämtliche Lokalorganisationen der christlichen Metallarbeiter sich zu einem einheitlichen großen Verbande vereinigt haben, dadurch wird es um so leichter, seine Verbesserungen zu erzielen, was bei einem Lokalverein niemals eintreten kann. Die Einwendung, ich habe keine Organisation notwendig, ist eitel, Humbug, und belügen sich die Leute hiermit nur selbst. Nur auf Grund der Organisation kann die Gesamtlage der Arbeiter gehoben, erprießliche Verhältnisse zwischen Arbeit und Kapital dauernd angebahnt werden. Deshalb hinein in den christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands.

Aus den Vereinen.

Machen-Burtscheid. Nach einem 4 monatlichen Bestehen wird es an der Zeit, daß auch unsere Ortsgruppe etwas von sich hören läßt. Am 30. Oktober fand eine öffentliche Versammlung statt. Wenn dieselbe auch besser hätte besucht sein können so dürfen wir doch mit dem Erfolg zufrieden sein. Als Referent war Kollege W. erschienen, welcher durch den letzten Streit in einen Prozeß verwickelt war und einen Termin wahrnehmen mußte. Redner sprach über die Rechte der Arbeiter, und kam zu dem Schluß, daß dieselben heute vielfach nur auf dem Papier ständen in Praxis sich ganz anders ausnehmen. Redner kam auch auf den Streit zu sprechen, wie damals die Arbeitswilligen als liebe Kinder verjährt worden seien. Auch Kollege W. sprach in gleichem Sinne. Die Arbeiter mußten sich erst durch die Organisation ihr Recht erkämpfen. Deshalb heiße es, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband bis auf den letzten Mann. 5 neue Mitglieder ließen sich aufnehmen.

Bocholt. Unsere Mitgliederversammlung am 8. d. J. wurde vom Vorsitzenden geleitet. Derselbe begrüßte sämtliche Erschienenen, besonders Kollege Demming aus Dülmen, der als Referent erschienen war. Sodann machte der Vorsitzende bekannt, daß wir laut Versammlungsbeschlusses am 29. November eine öffentliche Versammlung hätten, wozu unser Zentral-Vorsitzende Wieber zugesagt hat. Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt war, erhielt Kollege Demming aus Dülmen zum Vortrag das Wort. Derselbe sprach über die Wichtigkeit der Organisation und die Verschmelzung der beiden christlichen Metallarbeiter-Verbande und über die Aufgaben der Organisation, speziell im Münsterlande. Ferner betonte er, daß nur durch die christlichen Gewerkschaften dem Arbeiter zu helfen sei. Redner erntete lebhaften Beifall. In der Diskussion beteiligten sich mehrere Mitglieder. Nachdem richtete der Vorsitzende noch einige begeisterte Worte an die Mitglieder, worauf Kollege Demming das Schlusswort erhielt, sodann wurde die schon verlaufene Versammlung geschlossen. Gott segne die christliche Arbeit!

Dortmund. Die hiesige Ortsgruppe des seitherigen Metall- und Hüttenarbeiterverbandes hielt am 1. November Versammlung zwecks Uebertritts ab. Sämtliche Kollegen erklärten sich bereit, 30 Pfg. wöchentlich, statt 20 Pfg. zu zahlen. In der Versammlung waren erschienen Kieseheuer, Reheim und Eders, Duisburg. Beide Redner legten den Wert einer einheitlichen Organisation den Kollegen ans Herz, insbesondere daß wenn ein Verband etwas leisten solle, die Mitglieder auch vor den Beiträgen nicht zurückweichen dürften. Christliche Metallarbeiter jetzt hinein in den christlichen Metallarbeiterverband bis auf den letzten Mann.

Dülmen. Unsere Ortsgruppe hielt am 8. Novbr. Versammlung wegen des Uebertritts zum christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbande statt. Der Verbandsvorsitzende Wieber, welcher seitens der Kollegen dringend als Referent gewünscht worden, war verhindert und an seiner Stelle war Herr Eders erschienen. Einstimmig sprachen sich die Kollegen für den Anschluß aus bei 20 Pfg. Beitrag. Öffentlich bleibt kein einziger Kollege zurück.

Gebweiler. Am Samstag den 15. November, am Tage des Uebertritts in den neuen Verband, hielten wir vormittags 11 Uhr in der Wirtschaft Beck („Zum goldenen Fäß“) eine Mitgliederversammlung ab. Punkt 1, Uebertritt in den neuen Verband. Das Statut wurde seinen wichtigsten Punkten nach erläutert. 2. Beschlußfassung über die von jetzt ab zu zahlenden Beiträge. Nachdem man ungeteilt der Ansicht war, daß a) am 1. Juli 1904 doch der 30 Pfg.-Wochenbeitrag und die Arbeitslosenunterstützung obligatorisch eingeführt wird, b) man nur mit hohen Beiträgen etwas erreichen kann, beschloß man einstimmig in geheimer Abstimmung den 30 Pfg.-Wochenbeitrag. 3. Vorstandswahl.

Es wurden gewählt: Alfons Sodebin zum Vorsitzenden, Jakob Friß zum Kassierer, Emil Maier zum Schriftführer, Josef Ehrhard und Johann Baptist Saltz zu Beisitzern.

Die sofortige Einführung des 30 Pfg. Wochenbeitrages den andern übergetretenen Ortsgruppen gegenüber zur Nachahmung empfohlen.

Magdeburg-Buckau. Am 25. Oktober fand unsere Ortsversammlung statt. Kollege Krause leitete dieselbe. Als erster Punkt wurde der Kasierenbericht vom letzten Quartal abgegeben. Die Revisoren berichteten, alles in Ordnung gefunden zu haben. Es wurde dann erwähnt, daß Kollege Wieber sein Besuch zugesagt, aber Umstände halber auf später verschoben habe. Des ferneren wurde mehrere Fälle von Terrorismus seitens sozialdemokratischer Arbeiter zur Sprache gebracht und wurde betont, daß sich die Kollegen solches nicht mehr länger gefallen lassen sollten und event. behördlichen Schutz in Anspruch nehmen; soweit sind wir doch noch nicht, um uns alles bieten zu lassen. Ferner forderte der Vorsitzende zur regen Agitation auf.

Mülheim (Ruhr). Am 8. November fand eine Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Lüder statt. Herr Kammann hielt einen Vortrag über die Notwendigkeit der christl. Gewerksvereine, wozu wir ihm auch an dieser Stelle unsern Dank abstellen. Vor Schluß der Versammlung beauftragte letzterer den Vorsitzenden, folgende einstimmig angenommene Resolution im Organ zu veröffentlichen:

Die am 8. November in Mülheim-Ruhr stattfindende Mitgliederversammlung erklärt sich mit dem Vorgehen unseres Zentralvorsitzenden Wieber, sowie des Leiters vom Köln. Bezirk Döring betreffs des Ausstandes bei der Firma Grobpetter in Großkönigsdorf einverstanden. Nach wie vor legt die Versammlung das größte Vertrauen in die beiden Führer und weiß die Angriffe des Merkur, Volksfreund und Landeszeitung entschieden zurück.

Mundenheim (bayer. Pfalz). In einer vom katholischen Männerverein einberufenen Versammlung referierte Kollege Samstag aus Mannheim über „Warum organisieren wir uns und auf christlicher Grundlage“. Zunächst weil einer allein nichts ist und kein Arbeitgeber auf einen einzelnen hört und deshalb Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters meistens nur erzwungen werden müssen und zwar durch eine große Anzahl Kämpfe. Wir organisieren uns christlich, weil unsere Bestrebungen auf dem Boden des Christentums und der bestehenden Gesellschaftsordnung geführt und nicht das Grundprinzip des Klassenkampfes tragen sollen. Kollege Wagner besprach die Ziele und Bestrebungen des christlichen Metallarbeiterverbandes. Kollege Futermecht brachte einzelne Beispiele, weshalb der christliche Arbeiter sich nur einer christlichen Organisation anschließen dürfe. In der Diskussion sprach sich alles für Gründung einer Ortsgruppe aus.

Nach der Versammlung meldeten sich eine Anzahl Kollegen zum Eintritt und es besaß begründete Hoffnung, daß in Mundenheim eine recht kräftige Ortsgruppe entstehen wird. Den Mannheimer Kollegen ein recht baldiges Wiedersehen. Gott segne die christliche Arbeit!

Reheim. Am 8. November fanden hier Versammlungen statt in Fröndenberg, Bokwinkel, Hüsten und Reheim. Der Verbandsvorsitzende Wieber war als Referent erschienen. In Fröndenberg und Hüsten wurden neue Ortsgruppen gebildet. Insgesamt hätte der Besuch der Versammlungen besser sein können, was aber zum Teil der verkehrten Berichterstattung in der Tagespresse zuzuschreiben war. Öffentlich bemühen sich die Kollegen, in Zukunft mehr Wert auf die Vorbereitungen zu legen, insbesondere mehr persönliche Agitation zu treiben.

Am 14. und 15. fanden noch aus Anlaß des Anschlusses des Siegerländer Verbandes Versammlungen in Grüne, Hjerlohn und Hemmer statt, wo ebenfalls der Verbandsvorsitzende Wieber referierte. In Hjerlohn wurde einstimmig beschlossen, den Beitrag von 30 Pfg. pro Woche einzuführen.

Pforzheim. Am 8. November fand unsere Versammlung statt, welche gut besucht war. Kollege Wetzel referierte über den ersten deutschen Arbeitertag in Frankfurt a. M.. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Frank, Pfeilschwert u. a. Besonders wurde freudig begrüßt, daß der Streit beigelegt und der Siegerländer Verband sich angeschlossen habe. Des ferneren wurde über die bevorstehende Gewerkschaftswahl Stimmung gemacht. Miteilig wurde sich für das Proportionalwahlssystem ausgesprochen. 3 Kollegen traten wieder dem Verbande bei.

Rendsburg. Die hiesige Ortsgruppe hielt nach längerem Ruhen am 29. Oktober eine Versammlung ab. Es wurde zuerst der Vorstand neu konstruiert, und zwar wurde als Vorsitzender P. Gummig, als Kassierer Lejzin, als Schriftführer Hirsch und Beisitzer Müller gewählt. Des ferneren wurden die Kasien- und Geschäftsverhältnisse der Ortsgruppe, welche in Unordnung geraten waren, geregelt. Der Vorstand wird sich bemühen, in Zukunft Wege für den Verband zu arbeiten, und fordert sämtliche Mitglieder auf, ihm zu unterstützen.

Schweim. Unsere am 7. November stattgehabte Mitgliederversammlung hat sehr wichtige Punkte zur Kräftigung unserer Ortsgruppe beschlossen. Zunächst wurden die Kollegen bezirks- und fabriksweise gruppiert, um so die Kollegen rascher und sicherer einladen zu können. Ferner wurde eine Spareinrichtung zum Kartoffel- und Kohleneinkauf besprochen. Das letztere Thema wurde nach nicht ganz erledigt und ist in der nächsten Versammlung am 5. Dezember Fortsetzung. Da auch in dieser Versammlung Vorstandswahl stattfindet, so ist es Pflicht aller Kollegen, sich an dieser Versammlung zu beteiligen. Fehle keiner!

Siegen. Anlässlich der Verschmelzung des christlichen Hütten- und Metallarbeiterverbandes mit dem christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband Deutschlands. Zentrale Duisburg fanden in Siegen und Umgebung am letzten Samstag und Sonntag drei Versammlungen statt. In diesen Versammlungen sprach der Agitationsleiter für Rheinland und Westfalen des Duisburger Verbandes, Herr Winter-Düsseldorf. Der Redner verbreitete sich in seinen Vorträgen hauptsächlich über die Lage des Arbeiterstandes im allgemeinen und die volkswirtschaftliche Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation. Besonders wurde hervorgehoben, daß in den sozialdemokratischen Gewerkschaften durch die Art, wie sie die Agitation betrieben, dieser gewerkschaftliche Kampf vom sachlichen auf das persönliche Gebiet hinübergezogen wurde. Auch unsere Unternehmer handeln vielfach in diesem Sinne, indem solche Arbeiter die von dem gesetzlich ihnen zustehenden Koalitionsrecht Gebrauch machten, einfach entlassen würden aus der Arbeit. Letzteres passiere in der Regel solchen Gewerkschaftsmitgliedern, welche in der Organisation eine führende Stellung bekleiden. Beides, sowohl das persönliche Vorgehen der Arbeiter wie auch der Unternehmer ist sehr zu bedauern, und trägt nur dazu bei, daß die vorhandenen Gegensätze noch verschärft werden. Redner bespricht dann an der Hand statistischer Zahlen die Lohnkürzung in hiesiger Gegend. Nach dem Bericht des hiesigen Gewerbeaufsichtsbeamten sei der Durchschnittslohn im Bezirk Siegen im vorigen Jahre wieder um 75 Mark gefallen. Auch die Löhne der hiesigen Arbeiter bezüglich Zahlung von Beiträgen wurde in Gegensatz gestellt, zu dem, was die Arbeiter anderer Länder gewerkschaftlich leisteten. So die englischen Arbeiter, die durch die Gewerkschaft schon eine neunstündige Arbeitszeit pro Tag erkämpft hätten, diese zahlten aber auch an Beiträgen 1,40 Mark pro Woche. Ebenfalls wurde auf die Lage der Arbeiter in Amerika hingewiesen, die von uns Deutschen vielfach beneidet würden. Aber auch dort seien die Leistungen der Arbeiter an Mitgliedsbeitrag bewundernswert. Nach einem Bericht eines deutschen Kollegen, der nach Amerika ausgewandert war, hatte dieser an Eintrittsgeld für die Organisation nach deutschem Geld 67 Mark zahlen müssen. Daraus möchten die deutschen Arbeiter und speziell die hiesigen Arbeiter lernen.

Cleve. Die am Sonntag den 1. November abgehaltene Versammlung war verhältnismäßig ziemlich gut besucht. Geleitet wurde dieselbe vom 1. Vorsitzenden Kollege Kreikamp, welcher auf die Verdienste unseres früheren Vorsitzenden Kollege Reintjes hinwies und ihn im Namen der Ortsgruppe den Dank ausdrückte. Gleichzeitig stellte er den Antrag, das Verbandsorgan den Mitgliedern in den Versammlungen zuzustellen und deshalb die Versammlungen 8 Tage zu versetzen, welcher angenommen wurde. Auch teilte er mit, daß in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung stattfinden werde, welcher eine energische Agitation vorausgehen sollte. Es sollen Flugblätter zur Verteilung kommen und solchen Einladungen durch die Post gemacht werden. Nachdem die leistungsfähige Rassenführung unseres früheren Kollegen gerügt worden war, wurde die Versammlung geschlossen. Gott segne die christliche Arbeit! — Nun ist es an euch, Kollegen, durch Verteilen von Flugblättern und Mund zu Mund die christlichen Mitglieder zu erwerben. — Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Karl Kreikamp, Cleve, Brachtstraße 42, 2. Vorsitzender Th. Delfes, Waterborn, Wanderbörnerallee 19/5, Kassierer Karl Reintjes, derselbe zählt auch Wanderunterstützung aus, 1. Schriftführer Jul. Wandbelt, Cleve, Neuer Wall, 2. Schriftführer Arnold, Bullstegestraße, Revisor Otto Gandermann, Helbgasse 18.

Anmerkung der Redaktion. Das Verbandsorgan in den Versammlungen zu verteilen ist nicht zu empfehlen, da hierdurch ein großer Teil der Mitglieder keines erhalten wird, und so verfehlt das Organ seinen Zweck, das gewerkschaftliche Interesse wird bei den Leuten nicht gefördert.

Grevenbroich. Schon ziemlich zwei Jahre besteht hier eine Zahlstelle unseres Verbandes, und muß ich Veranlassung nehmen, hierdurch einmal an die Öffentlichkeit zu treten und die Kollegen auf ihre Pflichten als Verbandsmitglieder aufmerksam zu machen. Fürs erste möchte ich um einen besondern Besuch der Mitgliederversammlung ersuchen, letzterer läßt sehr viel zu wünschen übrig. Ich verkenne durchaus nicht, daß es für einzelne Kollegen äußerst schwierig ist, die Versammlung zu besuchen, weil der Weg von den außerhalb liegenden Ortsteilen sehr weit ist; aber Kollegen, ohne Anstrengung und Mühe wird sich nichts erreichen lassen. Die Tätigkeit eines Gewerkschaftlers besteht ja auch im Ringen und Kämpfen, darüber sollen sich die Kollegen längst klar sein.

Wir haben auch allen Grund, alle dem Verbandsbeitretenden, um endlich einmal auch einen anständigen Lohn zu erkämpfen. Derselbe ist eben hier geradezu erbärmlich; ohne sich der Scham gegen andere Kollegen in unserem deutschen Vaterlande auszusetzen, darf man ja gar nicht schreiben, daß die Löhne für Hilfsarbeiter hier pro Stunde 18—24 Pfennig betragen. Auch für die Handwerker, Schlosser, Dreher, Schmiede wird hier schon ein Stundenlohn von 24 Pfg. an bezahlt, die Produktionskosten sind hier doch nicht teuer wie für andere Unternehmer, aber der Lohn ist hier ein so niedriger, daß man ihn ohne Uebertreibung einen Hungerlohn nennen darf. Wenn nicht die hiesigen Arbeiter noch morgens und abends sowie auch die Arbeiterfrauen tagsüber auf dem Felde mitarbeiten, sich dadurch das, was sie an Kartoffeln und Gemüse nötig haben, sich selbst zagen, und diese Ausgaben somit nicht zu machen brauchen, ich sage, wenn das nicht wäre, dann könnten unsere Arbeiter hier trotz langer und schwerer Arbeit hungern, während sich die Herrn Arbeitgeber hier die herrlichsten Willen wahren und den Geldsack füllen. Selbstverständlich fällt es keinem der hiesigen Unternehmer ein, seinen Arbeitern ohne daß er muß, auch nur einen Groschen Lohn zuzusetzen, im Gegenteil, solange die Arbeiter noch dumm genug sind, neben ihrer Arbeit in der Fabrik noch morgens und abends Feldarbeit zu verrichten, ihre ohnehin mit vielen Kindern und Gläubigern geplagten Frauen auf das Feld schicken, um mit zu verdienen, solange werden die Unternehmer noch stets die Löhne zu bröckeln suchen, bis daß die Arbeiter hier soweit gekommen sind, trotz der angestrengten Arbeit von Mann, Frau und Kinder, trotz der äußersten Sparsamkeit elend zusammen zu brechen. Es liegt nun einmal im Wesen des Kapitalismus begründet, den Arbeiter auszubeuten bis auf Mart. Fast unerschöpflich ist hier das Heer der dummen Arbeiter, wo unsere Unternehmer stets gefügige Werkzeuge finden. Es ist fast unbegreiflich, wie die hiesige Arbeiterschaft sich in der großen Mehrzahl so indifferent gegen ihre vitalsten Lebensinteresse verhält. Man muß hier unter den Arbeitern sein und die Stimmung der Denker gehört haben, um zu wissen und zu glauben, daß hier in dieser Gegend so ruhigen Gemüths, die Erbitterung so groß ist. Welchen Respekt die hiesigen Unternehmer aber für die Organisation haben, geht am besten daraus hervor, daß die Firma Friedrichs im letzten Frühjahr, sobald ihre Arbeiter nun anfangen, gegen das Ausbeutungssystem sich zu wehren, ihnen eine Lohnzulage zu teil wurde, weil der Unternehmer die Arbeiter in unserer Versammlung gesehen hatte. Wie schon auf andern Stellen, so war es auch bei diesen Arbeitern, als sie ihre Wünsche in etwas erfüllt sahen sagten sie der Organisation Lebenswohl, zum Danke für die Hälfte und Aufführung. Allerdings nicht Klugheit sondern Dummheit, Unsozialität und Unkollegialität waren ihre Ratgeber und eins ist sicher, zu geeigneter Zeit soll der Unternehmer sie schon wieder schröpfen, und die Arbeiter werden dann sehen was ihnen fehlt, nämlich die Organisation. Es wäre aber auch jammerlich, wenn es anders läme mit solchen Arbeitern, die wollen einfach nicht besser.

Kollegen, die Verhältnisse sind ernst, unsere Lage ist schlecht, von keiner Seite haben wir Hilfe zu erwarten, wir sind auf die Selbsthilfe angewiesen, und diese haben wir in der Organisation, darum hinein in den christlichen Metallarbeiter-Verband. Die Beiträge werden sich tausendfach lohnen. Agitiere jeder feste für den Verband und besuchen wir alle pünktlich die Versammlung. Gewird und muß uns gesingen, hier unsere sehr gebrüchle Lebenslage zu heben. Solange wir vereint dastehen, können wir nichts erreichen, aber in der Gewerkschaft und in der Gesamtheit bilden wir eine Macht, die für den Arbeiterstand bahnbrechend wirken kann und wirken muß. Mögen diese Zeilen veranlassen, daß jetzt ein anderer Geist in die hiesige Arbeiterschaft einzieht, damit sie alle zu tüchtigen Kämpfern in den christlichen Gewerkschaften werden, denn nur in den christlichen Gewerkschaften liegt unsere Hilfe. Zum Schluß möchte ich noch darauf hinweisen, daß ich hier in Grevenbroich, Familien angetroffen habe, wo der Vater, ein Schlosser, 15 Mark pro Woche verdient (bei verkürzter Arbeitszeit), das nach meiner Berechnung für jeden einzelnen Familienmitglied noch nach Abzug der Miete (4,50 Mk. wöchentlich) sage und schreibe noch täglich 17 1/2 Pfg. übrig blieb. Wie von diesen 17 1/2 Pfg. täglich Nahrung, Heizung, Kleidung und Erzi. beschaffen wird, das ist wahrscheinlich ein Rätsel. Das kleine Kind war jeden Monat, noch im Windel und wurde mit Schweizermilch künstlich ernährt, da jede Büchse Milch 55 Pfg. koste, das Kind in 3 Tagen eine

Büchse verbrauchte, so kam das kleinste Wesen mit seinen 17 1/2 Pfg. nicht aus, wie sollten nun die anderen Familienmitglieder damit auskommen. Also Arbeiter seht eure traurige gebrüchle Lage endlich ein, der liebe Gott hat euch mit Verstand, Bernunft und freien Willen begabt, gleich jeder anderen Gesellschaftsklasse, nun gebraucht auch diese herrlichen Gottesgaben um eure Lage zu heben, nicht das zulezt der Hunger euch das beibringen muß, was euer Verstand euch nicht beibringen konnte, letzteres wäre sehr zu bedauern. Bedenkt stets, daß ihr als christliche Arbeiter, besonders als Familienväter verpflichtet seid, für eure Angehörigen zu sorgen, daß sie ein standesgemäßes Leben führen können. Darum alle hinein in eine christliche Gewerkschaft, helfet uns den uns aufgedrungenen Kampf durchzusetzen, damit wir zum Siege kommen. Kämpft mit uns für Wahrheit, Freiheit und Recht und nach dem alten bewährten Wahlspruch alle für einen und einer für alle.

Briefkasten der Redaktion.

Des Feiertags (Wuch- und Bettags) wegen mußte früher Redaktionschluß erfolgen und konnten verspätete Einwendungen nicht mehr berücksichtigt werden.

Zentral-Krankengeld-Zuschußkaffe der kathol. Arbeitervereine und christlichen Berufsverbände Deutschlands.

(Eingeschriebene Hilfskaffe.)

Vierteljährlicher Geschäftsbericht der Zentralstelle für das III. Quartal 1903.

A. Die Einnahmen betragen:

a) an Beiträgen der Mitglieder	Mk. 38,670.08
b) " Eintrittsgelder	740.75
c) " Strafgelder	504.50
d) " zufälligen Einnahmen	443.78
e) " Zinsen vom Reservefonds	343.75
Zusammen Mk. 40,702.86	

B. Die Ausgaben betragen:

a) an Krankengeld	Mk. 34,179.42
b) " zufälligen Ausgaben	119.20
c) " Druckkosten	9.00
d) " Postkosten	64.24
e) " Miete	30.00
f) " persönliche Ausgaben	394.50
Zusammen Mk. 34,796.36	

Statistische Mitteilungen.

Zahl der örtlichen Verwaltungsstellen vom vorigen Quartal	141
Neu angegeschlossen in diesem Quartal	1
Zusammen	142
Zahl der selbständigen Zahlstellen vom vorigen Quartal	31
Aufgelöst in diesem Quartal (Hagen)	1
bleibt	30
Neu hinzugekommen in diesem Quartal	4
Zusammen	34
Mitgliederszahl am Schluß der vorigen Quartals	9.186
Neuaufgenommen in diesem Quartal	238
Zusammen	9424
Vorgelommene Krankheitsfälle	1047
Zahl der Krankheitsstage	26.438

Zur gefälligen Kenntnisnahme. 1. Bei der Zusammenstellung des vierteljährlichen Rassenberichts vom 3. Quartal hat sich ergeben, daß auch in diesem Quartal der Metallarbeiterverband mit einem Minus von Mk. 222171 abgeschlossen hat. Hierzu ist noch zu rechnen die Summe von Mk. 106,19 welche die 4 neu angegeschlossenen Zahlstellen an Beiträgen ca. während der Karenzzeit geleistet, ohne Anspruch auf Krankengeld zu haben, sowie der diesbzüglige Anteil an die Verwaltungskosten der Zentralstelle. Wühin übersteigt die Summe des Krankengeldes sämtliche Einnahmen mit (Einschluß der Eintrittsgelder, Strafgelder ca.) um etwa 350 Mark. Auch erscheinen die Strafgelder im Verhältnis zu denen der Vereine zu gering. Da nun dieses Resultat vielfach wegen Nichtbeachtung der Statuten bezw. wegen Nichtbefolgung der Vorschriften des Zentralvorstandes entstanden ist, so werden die Vorstände der Zahlstellen hierdurch streng angezwungen, ganz genau nach den Satzungen und Bestimmungen der Zentralstelle zu handeln, widrigenfalls bei vorzunehmenden Unregelmäßigkeiten der Vorstand dafür haftbar gemacht wird. Zur Deckung des bereits vorhandenen Fehlbetrages wird der Zentralvorstand mit dem Vorsitzenden des Gesamtverbandes in nähere Verbindung treten.

2. Da verschiedene Verwaltungsstellen der Kaffe einen ihrer Mitgliederzahl entsprechenden viel zu hohen Stufenanwiesung aufweisen, wodurch ein bedeutender Zinsverlust entsteht, so wird dringend ersucht, die Ueberhöhte umgehend an die Zentralstelle einzusenden (vgl. § 40 Biffer 6 der Statuten sowie § 32 der Geschäftsordnung.)

3. Die Verwaltungs- und Zahlstellen werden gebeten, statistisches Material zu sammeln und einzusenden über Krankenkassen mit weiblichen Mitgliedern, wonach die Krankheitsgefahren und Kosten solcher Mitglieder gegenüber den männlichen Mitgliedern berechnet werden können; ferner wird gebeten, Berechnungen, anzustellen über die Mehrkosten, welche erforderlich sind um Sterbegeld gewähren können.

4. Die Vorstände der Verwaltungs- und besonders der Zahlstellen werden streng angezwungen, die Buchführung in Ordnung zu bringen, da der Zentralvorstand auf Grund verschiedener schlimmen Erfahrungen genötigt ist, eine ganz genaue Revision vorzunehmen oder eine solche durch die staatliche Behörde abhalten zu lassen.

Versammlungs-Anzeiger.

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in den Versammlungen zu erscheinen, für den Verband zu agitieren, und neue Mitglieder anzuwerben.

Die Adresse der Hauptkaffe ist: Barthel, Rentmeister a. D., Duisburg, Realschulstraße 1, an denselben sind Gelder und Rechnungen einzusenden.

Machen I. Jeden 2. Sonntag im Monat morgens 11 Uhr Versammlung bei Kettweis Eßschornsteinstraße. Jeden 1. und 3. Mittwoch abends 8 1/2 Uhr Diskutierklub daselbst.

Die Reiseunterstützung wird von unserm Vorsitzenden, Kollegen Heinrich Volke, Tempelgraben 89a mittags von 12—1 und abends von 7—8 Uhr ausgezahlt.

Machen II. Jeden 1. Montag und 4. Sonntag im Monat Versammlung bei Pingen Abalbertsteinweg. Diskutierabend mit Machen I.

Berlin. Jeden 2. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr Versammlung in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20. — Jeden letzten Sonnabend im Monat Vertrauensmänner- und Krankensassenversammlung, Niederwallstraße 32. — In Oberschöneweide jeden 2. Sonntag im Monat, nachmittags 2 1/2 Uhr bei Kollida, Neplerstraße 1. — Unterstützungen werden ausgezahlt beim Kassierer Albrecht, Soimstraße 12, vorn IV. Treppe von 1/8—1/9 Uhr Abends.

Erster Agitationsbezirk Duisburg. Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 11 Uhr findet in Ruhrort bei Klein, Harmonierstraße Versammlung statt. Nachmittags 3 Uhr bei Wölken in Beck-Bezirksversammlung des Kreises Ruhrort, sämtliche Ortsgruppen sind hierzu eingeladen.

Düsseldorf. Jeden 1. und 3. Samstag im Monat, abends 9 Uhr, Versammlung im Paulushaus, Louisestraße 23.

Die Adresse des Bezirksleiters Winter ist von jetzt ab Birkensstraße 58, 1. Etage.

Dülmen. Am Sonntag den 29. November, nachmittags 4 Uhr findet zu Dülmen im Lokale der Frau Witwe Rante eine Versammlung sämtlicher Vorstände der christl. Berufsvereine des Münsterlandes statt, wozu auch sämtliche Mitglieder der christlichen Gewerkschaften von Dülmen freundlich eingeladen werden.

Der Vorstand der Kohleneinkaufskasse.

Gleich darauf findet die Mitgliederversammlung der Metallarbeiter statt.

Dülmen. Von jetzt ab jeden 2. und letzten Sonntag im Monat abends 8 Uhr bei Rante Versammlung.

W. Gladbach. Sonntag den 22. Nov., nachmittags 6 Uhr, Versammlung mit Vortrag bei Kapohl, Waldhausenerstraße.

Görlitz. Am 28. November, abends 1/9 Uhr bei Ritter Versammlung mit Familienabend.

Hamburg I. Versammlung alle 14 Tage bei Franzl, Reinekestraße 18, St. Pauli. Reiseunterstützung zahl aus dem Kassierer Kwiattowski, wohnt jetzt Sophienallee 4a, part., Einsattel. Wochentags von 6 1/2—8, Sonntags von 1—3 Uhr.

Humboldt-Kolonie. Sonntag den 23. November, morgens 11 Uhr Versammlung mit Vortrag.

Kalk. Sonntag den 29. Nov., vormittags 10 1/2 Uhr Versammlung.

Ortsgruppe Köln. Nächste Versammlung Samstag, den 28. Nov., abends 9 Uhr, im Restaurant Krings, Nischendstr. 12.

Laar. Jeden 1. Sonntag im Monat, abends 8 Uhr, jeden 2. Sonntag im Monat, morgens 11 Uhr Versammlung. Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr Sozialer Unterricht.

München. Jeden 1. Samstag und jeden 3. Sonntag Versammlung im goldenen Anker, Schillerstraße 30. Reiseunterstützung wird mittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 1/2 bis 1/3 Uhr bei Franz Peter, Zenettstraße 14, Rückgebäude 2. Stock, ausbezahlt.

Mülheim a. Rh., Am Sonntag, den 29. November Versammlung nachmittags 5 Uhr, jeden letzten Sonntag im Monat.

Oberhausen. Mittwoch den 25. Nov., abends 8 Uhr bei Franz Gosepath, Falkestr. 80 Versammlung des Unterrichtsausschusses.

Schalle. Am 22. November, abends 5 Uhr bei Schließing Versammlung.

Wingst. Sonntag den 29. November, morgens 10 1/2 Uhr bei Flohe Versammlung.

Würzburg. Unsere Ortsverwaltung hat ihre Monatsversammlungen am 2. Sonntag eines jeden Monats, vormittags 10 1/2 Uhr. Lokal: Restaurant Augustiner, Oberstürgasse 5.

Unserm Kollegen

Bernhard Schulte nebst Braut

● die herzlichsten Glückwünsche ●

zur Vermählung.

Die Kollegen der Zahlstelle Dinklage.